

Stimmkreis Rosenheim West

“DieBasis“ stellt sich für Rosenheim auf. Peggy Galic und Veronika Herwegh versprechen, neue Wege zu gehen

Am vergangen Samstag stellte die Basisdemokratische Partei Deutschland - kurz „dieBasis“ - ihre Kandidaten für den Stimmkreis Rosenheim West für die im nächsten Jahr stattfindende Landtags- und Bezirkstagswahl in Bayern auf.

Peggy Galic (46) wurde von der Versammlung einstimmig zur Direktkandidatin für den Landtag gewählt. Veronika Herwegh (48) geht als Direktkandidatin für den Bezirkstag ins Rennen.

Die beiden sind von den Straßen im Rosenheimer Landkreis kaum mehr wegzudenken:

Seit nun mehr knapp 3 Jahren sind sie sehr aktiv und nahe an den Bürgern, die in Deutschland und gerade in Bayern etwas bewegen wollen: Nämlich die Wähler! Richtig gelesen: Die Bürger werden in Bewegung kommen müssen, wenn sie etwas bewegen wollen. In unserem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland gibt es den wunderbaren §21 (1) „Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit...“ Bedeutet für dieBasis und gerade auch für Galic und Herwegh, dass man den Willen des Volkes in die Parlamente trägt. Das und nichts anderes sollte Aufgabe von

Parteien sein. Parteien dürfen nicht dem Wähler ihre Meinung aufdrücken, sondern deren Vertreter sollen für die Bürger da sein und ihnen Gehör schenken. Lassen Sie sich überraschen, was die beiden zusammen mit der Basis vorbereiten werden.

Peggy Galic und Veronika Herwegh betreten mit ihrer Kandidatur Neuland. Mit ihrem Engagement als Doppelspitze des Vorstands des Kreisverband Rosenheim der Partei dieBasis, wissen sie, wie Basisdemokratie in einer Gruppe bereits gelebt wird. Nun werden sie ihre Erkenntnisse auf Rosenheim, Oberbayern und Bayern ausweiten.

Die noch junge Partei, die erst im Sommer 2020 gegründet wurde, steckt voller Ideen und Motivation zu mehr Bürgerbeteiligung, Volksabstimmungen und direkter Demokratie.

Galic: „Gemeinsam müssen wir unseren Kindern einen Weg ebnen, welcher sie stark, selbstbestimmt und reflektiert durchs Leben gehen lässt. In dem derzeitigen Lehrplan sind eigenständiges, freies Denken und Handeln nicht vorgesehen.“

Unsere Krankenhäuser und Gesundheitseinrichtungen müssen frei von wirtschaftlichen und pharmazeutischen Interessen werden und den gleichen Status wie Feuerwehr und Polizei erhalten.

Hier gilt nicht der Faktor der Wirtschaftlichkeit, hier gilt nicht der Faktor Gewinn und Profit, sondern einzig der Faktor des Helfen und Geholfen werden. Das muss eine Industrienation wie Deutschland sich einfach leisten können.

Auch unsere Alten und Pflegeheime müssen wieder frei zugänglich werden. Unsere älteren Mitbürger, welche Deutschland aufgebaut und zum Blühen gebracht haben, sollten

ehrentvoll ihren Lebensabend genießen. Nicht hinter geschlossenen Türen, einsam auf das Ende warten, wir als Gesellschaft sind hier in der Pflicht genügend Mittel und Empathie zur Verfügung zu stellen.

Es gibt also unglaublich viel in unserer Gesellschaft zu tun, damit sich auch in unseren Parlamenten wieder mehr Empathie und Interesse an den Sorgen und Nöten jedes Einzelnen Bürgers gekümmert wird. Ich habe mich aufstellen lassen um die Kommunikationskultur und das gegenseitige Verständnis, den gegenseitigen Respekt in unsere Land- und Bezirkstage zurückzubringen. Nur Miteinander werden wir den Wogen der momentanen unruhigen Zeiten gemeinsam entgegenstehen. Denn jetzt und hier ist unsere Zeit.“

Herwegh: „In vielen Bereichen haben wir z. B. das Schweizer Modell im Blick. Auch ein ganz wichtiger Aspekt, um sich mit der Basis als Wähler eingehender zu beschäftigen, ist deren Friedenspolitik: Diplomatie geht unabdingbar vor „Waffen für den Frieden“. Die Basis steht immer und überall für Zusammenhalt – auch die Stärkung der heimischen Wirtschaft durch Selbstbestimmung in der Region. Es gibt so viele Themen, die die vergangenen Jahre in die falsche Richtung liefen aus der Sicht von uns Neulingen am „Parteien-Himmel“. Diese gilt es, auf den Prüfstand zu stellen und gemeinsam mit Bürgern und Betroffenen wieder in gerechte und gemeinsame Bahnen zu rücken – jenseits von Lobbyismus und Posten-Schiebereien innerhalb der Alt-Parteien.“